
Niederschrift

über die **öffentliche** Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 01. Juli 2019**, im Großer Sitzungssaal des Landratsamts in Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz.

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 15:45 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Aktuelle Situation des Ehrenamts im Bereich Integration	2019/079
2.	Sachstandsbericht Koordinierungsstelle für die Generalistische Pflegeausbildung	2019/099
3.	Bundesteilhabegesetz (BTHG) - Sachstandsbericht	2019/117
4.	Ziele, Kennzahlen und Maßnahmen im Teilhaushalt 3	2019/116
5.	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche	
5.1.	Gesetz zur Entlastung unterhaltspflichtiger Angehöriger in der Sozialhilfe; Aktueller Sachstand	
5.2.	Förderung der Stelle der Integrationsbeauftragten	
5.3.	Letzte Sitzung des Sozialausschusses; Anmerkung Kreisrätin Happle-Lung	

Vorsitzender

Danner, Zeno, Vorsitzender und Landrat

Stimmberechtigte Mitglieder

Bodman, Johannes, Freiherr von

Both-Pföst, Hubertus, Dr.

Brennenstuhl, Heinz

Czajor, Marion

Demmler, Kurt

Engelhardt, Udo

Faden, Jürgen

Häusler, Bernd

Happle-Lung, Ines

Hirschle, Franz

Hofer, Sigrid, Dr.

Hoffmann, Andreas

Sarikas, Zahide

Schäuble, Martin (als Vertreter für den entschuldigten **Repnik**, Hermann)

Schwede, Anke

Storz, Hans-Peter

Zoll, Wolfgang, Dr.

Beratende Mitglieder

Eberwein, Bernd, Dr.

Ehret, Matthias

Grams, Christian

Zedler, Reinhard

Auf besondere Einladung nimmt teil

Hensler, Manfred (InSi e.V. / TOP 1)

Entschuldigt:

Herberger, Veronika

Keck, Jürgen, MdL

Repnik, Hermann

Volz, Tobias

Verwaltung

Gärtner, Philipp (ELB)

Basel, Stefan

Best, Florian (TOP 4)

Brumm, Monika (TOP 5)

Mende, Susanne

Schönbucher, Cornelia

Protokoll

Hoffmann, Vera

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die anwesenden Gäste.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

1. Aktuelle Situation des Ehrenamts im Bereich Integration

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Herr **Hensler** berichtet im Auftrag des Sprecherrats der Ehrenamtlichen und bietet dem **Vorsitzenden** sowie den Kreistagsfraktionen an, den Sprecherrat und dessen Anliegen in einem persönlichen Gespräch kennenzulernen.

Vorsitzender

Das Gesprächsangebot wird gerne auch gemeinsam mit den Fraktionen angenommen.

Kreisrätin Sarikas

Für die Dolmetscherarbeit ist es zusätzlich eine Herausforderung, dass nicht einmal die Fahrtkosten erstattet werden. Wenn man die Menschen in der Anfangsphase nicht unterstützt, wird man sie später noch viel länger begleiten und betreuen müssen. Für die angesprochenen Fahrtkosten sollte sich ein Budget finden bzw. einrichten lassen.

Kreisrätin Schwede

Neben dem Bereich „Sprache“ ist auch „Wohnen“ ein zentrales Thema. Eine kreisweite Erfassung von Wohnraum wäre sicher sinnvoll.

Das Thema „Arbeit“ ist ebenfalls essenziell. Nach wie vor werden auch Menschen abgeschoben, die sich bereits in einer Ausbildung oder in Arbeit befinden, obwohl der Kreistag einen Antrag einstimmig verabschiedet hat, dass sich in einer Ausbildung befindende Geflüchtete nicht mehr abgeschoben werden dürfen.

VABO-E Klassen sollten weiterhin beibehalten werden.

Ist es im Landkreis denn ausreichend bekannt, dass man sich bei den Helferkreisen ehrenamtlich engagieren kann? Ggf. wäre mehr Werbung hilfreich.

Herr Hensler

Die entsprechenden Organisationen sind häufig in der Presse, sodass eigentlich bekannt sein dürfte, wohin man sich wenden kann. Trotz allem gibt es auch Ermüdungsprozesse. Nicht alle haben den langen Atem, jemanden mehrere Jahre zu begleiten. Jegliche Art der Werbung ist hilfreich.

Kreisrätin Czajor

Es wird bestätigt, dass irgendwann Ermüdungserscheinungen auftreten. Dann sollte wenigstens der Aufwand der Ehrenamtlichen entschädigt werden.

Was war der eigentliche Punkt, der den hervorragenden Erfolg der Beschäftigungsgesellschaft (BG) ausgelöst hat?

Vielen Dank für die engagierte und ausgezeichnete Arbeit des Vereins InSi e.V.

Herr Dr. Eberwein

Der Rückgang der Zahl der Ehrenamtlichen in den Helferkreisen ist ein großes Problem. Während es vor einigen Jahren noch eine Ehre war, diese Arbeit zu machen, müssen sich Engagierte heutzutage teilweise sogar rechtfertigen. Das Image der Ehrenamtlichen hat stark gelitten, was zu einem gesellschaftlichen Problem geworden

ist. Gegen das Stichwort „Überfremdung“ muss von uns allen gegenargumentiert werden, denn wir brauchen die Geflüchteten u.a. als Arbeitskräfte.

Die Fälle, in denen Geflüchtete, die sich bereits in einer Ausbildung befinden, abgeschoben werden, führen zu Verunsicherungen und müssen politisch gelöst werden. An die Verwaltung wird daher appelliert, solche Einzelfälle ernst zu nehmen und zu helfen.

Kreisrat **Hoffmann**

In Bezug auf den angesprochenen Gesprächstermin mit dem **Vorsitzenden** und den **Fraktionssprechern** wird vorgeschlagen, dass die einzelnen Punkte priorisiert und von der Verwaltung für die nächste Haushaltsberatung aufbereitet werden. Das wäre ein gut strukturierter Weg, der die Entscheidungsfindung erleichtern würde.

Herr **Hensler** engagiert sich sehr stark und erfolgreich in der BG. Die entsprechenden Kurse werden von Seiten der BG fortgesetzt. Dafür ist die Sicherstellung der Finanzierung natürlich maßgebend, woran bereits gearbeitet wird. Vielen Dank für die Arbeit.

Kreisrat **Engelhardt**

Wenn strukturelle Hilfen, insbesondere Räumlichkeiten, Personalstellen und Verwaltungshilfen bereitgestellt werden und ein Verein von öffentlicher Seite unterstützt wird, bleiben die Ehrenamtlichen meistens dabei, weil sie sich unterstützt fühlen.

Es sollte darüber nachgedacht werden, wie diese strukturelle Hilfe ausgeweitet werden könnte, damit noch mehr Helferkreise Vereine gründen und diese materielle Unterstützung von öffentlicher Seite bekommen. Das wäre neben der Aufwandsentschädigung eine weitere Art der Würdigung.

Ehrenamtliche arbeiten im Gegensatz zur Verwaltung meist an dem orientiert, was die geflüchteten Menschen eher suchen; nach Personen, denen sie vertrauen können. Die öffentliche Seite ist anders aufgestellt und strukturiert sich oftmals nach Zuständigkeiten. Es ist daher ein wichtiges Anliegen, das Ehrenamt finanziell mehr zu stärken.

Ist es langfristig vorgesehen, das Amt für Migration und Integration (AMI) in einer Eigenständigkeit zu halten?

Kreisrat **Volz**

Die Flüchtlingsarbeit ist in der vergangenen Zeit etwas in den Hintergrund geraten. Es werden zwar immer wieder Angebote vorgestellt, aber es fehlt momentan eine Datenbasis mit entsprechenden Zahlen und Fakten. Über die BG ist man informiert, man sollte aber genauer wissen, wer sich in welcher Fortbildung, Ausbildung oder Maßnahme befindet und wo es Lücken gibt. In diesem Bereich wäre mehr Öffentlichkeitsarbeit hilfreich.

Es ist auch wenig darüber bekannt, was die Helferkreise alles leisten und welche Art der Unterstützung sie benötigen. Es liegen auch keine Anfragen der Helferkreise vor. In der Öffentlichkeit könnten mehr Erfolgsmodelle bekannt gemacht werden.

Vorsitzender

Die positive Herangehensweise im Gremium ist sehr erfreulich. Die Idee, einzelne Themen in einem Gespräch gemeinsam zu priorisieren und dann entsprechend für die Haushaltsberatungen aufzubereiten, ist sehr gut.

Auch die strukturelle Stärkung der ehrenamtlichen Tätigkeit wird als wichtig empfunden. Wie genau die Stärkung aussehen sollte, darüber müsste man sich noch im Einzelnen austauschen und verschiedene Seiten betrachten.

Bereits bei meiner Bewerbung für das Amt des Landrats hatte ich zugesagt, die Struktur des Landratsamtes näher zu beleuchten. In diesem Rahmen wird auch geprüft, wie das AMI strukturell bestmöglich aufgestellt werden könnte. Wegfallen wird

es keinesfalls.

Es verdient allerhöchste Wertschätzung, was im Ehrenamt geleistet wird.

Eine kreisweite Erfassung von Wohnraum gibt es nicht. Das müsste ggf. mit den Gemeinden angegangen werden, ist allerdings ein schwieriges Thema, weil nicht alleine Geflüchtete, sondern auch viele andere Menschen auf Wohnungssuche sind. Gleichwohl darf dieses Thema nicht aus dem Blick verloren werden.

Herr **Hensler**

Es sollte vermieden werden, dass man sich beim Stichwort Wohnraumerfassung alleine auf Flüchtlinge fokussiert.

Der Erfolgsgrund für die Pilotklasse VABO-E ist, dass es sich im Grunde um Schulklassen handelt. Das sind organische Gebilde, in denen auch viel Pädagogik und Menschlichkeit gelebt wird. Zudem ist die Fächervielfalt größer, als an einer beruflichen Schule und bildet das Spektrum einer Hauptschule ab. Vor allem die Praktika in den Betrieben sind essenziell. Zuletzt gibt es auch eine Nachbetreuung der Lernenden über den Schulabschluss hinaus. Ich selbst bin auch noch an einigen wenigen dran.

Kreisrätin **Czajor**

Es wäre sinnvoll, im Haushalt 2020 ein Augenmerk auf dieses Erfolgsmodell zu legen.

Vorsitzender

Dieser Vorschlag wird gerne mitgenommen.

Herr **Hensler**

Die Strukturen der öffentlichen Verwaltung sind enorm wichtig. Sie bilden das Skelett, an welches noch Fleisch ran muss. Das Fleisch ist das Ehrenamt. Es trifft zu, dass die Öffentlichkeitsarbeit noch verbesserungswürdig ist und man noch mehr die modernen Medien nutzen müsste, denn es gibt viele Erfolgsmodelle.

Mit der Unterstützung der Helferkreise werden offene Türen ingerannt. Die Stadt Singen arbeitet hier schon sehr vorbildlich.

Die Priorisierung für den Haushalt ist eine gute Idee.

Kreisrat **Engelhardt**

Wie viele Menschen mit Migrationshintergrund leben in den einzelnen Kommunen? Darüber sollte eine Aufstellung gemacht werden. Man sollte sich dabei auch die Frage stellen, wo Menschen im Landkreis Konstanz zukünftig Wohnraum finden und sich niederlassen werden. Können da schon Tendenzen gesehen werden? In Singen und Stockach ist der Wohnraum momentan noch am günstigsten. Dazu sind valide Zahlen erforderlich.

Im Alter von 0 – 14 Jahren haben 70 % der Kinder einen Migrationshintergrund. Die Tendenz ist steigend und man kann sich vorstellen, mit welcher Belastung und Herausforderungen für die KiTas, Schulen und für alle Verantwortlichen im Bildungs- und Erziehungswesen verbunden ist. Darüber sollte man einen Überblick bekommen, um dann entsprechend unterstützen zu können. Die Städte Singen und Stockach können das nicht alleine meistern. Die Aufstellung des Status Quo sollte dann nach Altersklassen erfolgen.

Vorsitzender

Des Weiteren ist die Verwaltung bereits dabei, die angesprochenen Zahlen und Fakten zusammenzustellen und wird die Daten in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter selbstverständlich liefern.

2. **Sachstandsbericht Koordinierungsstelle für die Generalistische Pflegeausbildung**

Herr **Basel** stellt den Sachverhalt anhand einer PowerPoint-Präsentation dar.

Kreisrat **Hoffmann**

Die Koordination der betroffenen Schulen ist keine einfache Aufgabe, insofern hat das Landratsamt hier bereits gute Arbeit geleistet. Diese Koordinierungsstelle ist genau die richtige Antwort auf das Problem, denn alle Schüler müssen künftig alle Ausbildungseinheiten kennenlernen.

Schade, dass bei der Informationsveranstaltung am vergangenen Freitag nicht sehr viele Ausbildungsstellen, insbesondere kaum ambulante Einrichtungen, anwesend waren. Einige Ausbildungsstellen halten sich noch sehr zurück, warten das erste Jahr noch ab und steigen ggf. erst ein, wenn alles funktioniert. Dies, obwohl es erstaunlicherweise genügend Bewerber gibt. In der Folge bedeutet dies, dass man in 2020 möglicherweise etwa 100 – 200 Azubis verliert. Diese Fachkräfte werden dann aber nicht nur in diesem einen Jahr, sondern dauerhaft fehlen, denn dieser Verlust wäre nicht mehr nachzuholen.

Die Ausbildungsbetriebe müssen daher umdenken und ihnen muss unbedingt erläutert werden, dass es für die Auszubildenden finanzielle Unterstützung gibt. Die ambulanten Betriebe sind es i. d. R. auch nicht gewohnt, dass sie Gelder erhalten, wenn sie Azubis aufnehmen. Das zielgruppenorientierte Marketing kann hier noch weiter entfaltet werden.

Kreisrätin **Happle-Lung**

Zum Teil wird Kreisrat **Hoffmann** Recht gegeben. Bezüglich der Qualität bestehen allerdings noch Bedenken. Der Bereich der Pflege hat in vielen Branchen negative Erfahrungen gemacht, sodass man kaum darauf vertrauen kann, dass dieses Mal etwas Gutes entstehen könnte.

Wenn sich die aktuellen Rahmenbedingungen nicht gravierend verändern, akquiriert man aktuell mit viel Aufwand, Engagement und Geld Schülerinnen und Schüler, die man nach max. sieben Jahren wieder verlieren wird.

Das Vertrauen in dieses System ist so zerrüttet, dass so viel Aufbauarbeit erforderlich ist, um das Arbeitsklima auch nur gering zu verändern.

Menschen, die sich auf einen Arbeitsplatz im Pflegebereich bewerben, möchten anderen Menschen i. d. R. helfen und sehen ihren Beruf oftmals auch als Berufung. Sie finden dann aber ein System vor, in dem sie Menschen lediglich verwalten oder irgendwie durch den Tag bringen.

Daher muss in Zusammenhang mit dieser neuen Ausbildung auch unbedingt etwas für die nachkommende Generation getan werden.

Vorsitzender

Dieser Appell, dass an verschiedenen „Rädern“ noch gedreht werden muss, wird gerne nochmals mitgenommen.

Kreisrat **Volz**

Es wird in Zukunft einen Kampf um die Auszubildenden geben, bei dem es darum gehen wird, überhaupt Auszubildende zu bekommen. In Bezug auf gute Rahmenbedingungen kann der Landkreis nur diesen Teil der Ausbildungs koordinierung übernehmen. Auf die Handhabung der Personalführung der Unternehmen gibt es bedingte bzw. wenige Einflussmöglichkeiten.

Die ambulanten Dienste befinden sich seit 10 Jahren am Anschlag und haben infolgedessen auch keine Interesse daran, auf irgendwelche E-Mails zu reagieren. Alles, was mit Veränderung und Aufbruch zu tun hat, wird mit Misstrauen beäugt, weil es

mit noch mehr Aufwand, Arbeit und Bürokratie verbunden wird.

Daher wird die Kontaktaufnahme einer anderen Form bedürfen, weil die ambulanten Dienste auf eine E-Mail oder einen Brief vermutlich nicht reagieren werden. Vermutlich wäre das Knüpfen persönlicher Kontakte hilfreich. Auch die Kontaktaufnahme über die Arbeitskreise wäre eine gute Möglichkeit. Es wäre sehr schade, wenn die Ausbildungsplätze im ambulanten Dienst verloren gehen würden.

Auch bei der Mentorenausbildung besteht eine gewisse Zurückhaltung. Dabei liegt es nicht am Geld, sondern am Organisatorischen und am Willen, etwas zu tun.

Herr **Basel**

Vielen Dank für die Anregung. Im Vorfeld wurde diese Art der Akquise bereits gemacht. Die ambulanten Dienste wurden bereits angesprochen, dies wird gerne nochmals wiederholt. Zudem hat ein Pflegedienst aus dem Hegau bereits zurückgemeldet, dass er diesem Verbund auch gleich beitreten möchte.

3. **Bundesteilhabegesetz (BTHG) - Sachstandsbericht**

Der **Vorsitzende** verweist auf den Sachverhalt in den Sitzungsvorlage.

Herr **Ehret**

Der Caritasverband ist mit dem Sozialamt gemeinsam sehr mit der Umsetzung des BTHG beschäftigt, denn das ist eine enorm große Aufgabe. Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung.

4. **Ziele, Kennzahlen und Maßnahmen im Teilhaushalt 3**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Herr **Best** stellt den Sachverhalt anhand einer PowerPoint-Präsentation dar.

Vorsitzender

Es ist wichtig, dass es am Schluss nicht darum geht, Zahlen und Tabellen zu füllen, sondern die eigentliche Arbeit messbar und nachvollziehbar darzustellen.

Kreisrat **Hoffmann**

Das Thema Kennzahlen ist im Landkreis Konstanz etwas aus der „Mode“ geraten. Es war ursprünglich geplant, dies in allen Ausschüssen einzuführen. Umgesetzt wurde es letztendlich nur im Sozialausschuss und im Kreisjugendhilfeausschuss.

Es ist gut, dass es geplant ist, die Zahlen künftig besser zu differenzieren und bereits für die Haushaltsvorberatungen vorzulegen.

Ggf. muss man sich in der neuen Wahlperiode darüber unterhalten, ob man noch mit den richtigen Kennzahlen arbeitet, ob ggf. welche entfallen oder ob andere ergänzt werden müssen. Durch das BTHG wird sich noch Einiges verschieben.

Der Ausschuss hat sich allerdings auch vorgenommen, nicht zu viele Kennzahlen aufzunehmen, da es ansonsten unübersichtlich wird.

Es wäre erfreulich, wenn die Arbeit mit Kennzahlen auch fortgeführt werden würde.

Es wird darum gebeten, die Kennzahlen in einer Sitzungsvorlage bereits vor den Haushaltsplanberatungen zu erhalten, um sich bereits vor der Sitzung zu Hause entsprechend vorbereiten zu können.

Vorsitzender

Dies wird zugesichert.

Kreisrat **Dr. Zoll**

Im Sozialbereich ist es üblich, mit Kennzahlen zu arbeiten. Es ist spannend, dass es

sowohl inhaltliche Kennzahlen gibt, als auch ein Finanzcontrolling. Maßgeblich für die Frage, wie Kennzahlen künftig berücksichtigt werden, wird es sein, wie die inhaltlichen Kennzahlen auch eine finanzielle Relevanz bekommen. Dann würden evtl. auch andere Ausschüsse beginnen, mit Kennzahlen zu arbeiten.

Insofern ist es gut, dass inhaltliche Kennzahlen erarbeitet und für die Vorbereitung des Haushaltes vorgelegt werden. Man sollte sich allerdings bereits im Ausschuss fraktionsübergreifend überlegen, wie man diese anschließend in die Haushaltsberatungen mit einbringt.

Herr **Basel**

Es ist beabsichtigt, mit den Kennzahlen Transparenz über Kosten, Ausgaben und auch über die Qualität herzustellen. Gleichzeitig soll auch klar sein, welches Personal dafür gebraucht und eingesetzt wird.

Die Ziele werden dann gemeinsam mit dem neu gewählten Gremium noch entwickelt.

Herr **Dr. Eberwein**

Die Erhöhung der Ambulantisierungsquote darf nicht zu einer Vernachlässigung der stationären Pflegeangebote führen.

Vorsitzender

Das ist auf gar keinen Fall so vorgesehen.

5. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

5.1. Gesetz zur Entlastung unterhaltspflichtiger Angehöriger in der Sozialhilfe; Aktueller Sachstand

Vorsitzender

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat den Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung unterhaltspflichtiger Angehöriger in der Sozialhilfe vorgelegt. Dieser sieht u.a. die Aufhebung des Unterhaltsrückgriffs auf Kinder in der Hilfe zur Pflege bis zu einem Jahreseinkommen von 100.000 € vor. Dieser Gesetzesentwurf ist Ausfluss aus dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD.

Die Verabschiedung des Gesetzes würde beim Landkreis aus folgenden Gründen zu einer Kostensteigerung im Bereich der Hilfe zur Pflege führen:

Die bisher realisierbaren Unterhaltszahlungen von jährlich derzeit rd. 155 TEUR würden entfallen.

Gleichzeitig dürfte mit einem Anstieg der Antragszahlen und damit der Leistungsempfänger zu rechnen sein, da die Hürde der detaillierten Offenlegung der finanziellen Verhältnisse durch die Kinder entfielen.

Die Sozialverwaltung, die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Gesetzesentwurf hatte, wies darauf hin, dass die Änderung keinesfalls zu Lasten der Landkreise gehen dürfe. Die Mehrkosten müssten als Konnexitätsleistung vom Bund erstattet werden.

5.2. Förderung der Stelle der Integrationsbeauftragten

Vorsitzender

Im Rahmen der Verwaltungsvorschrift (VwV) Integrationsbeauftragte wird ein Antrag auf Zuwendungen aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg für die Vollzeitstelle unserer Integrationsbeauftragten für das gesamte Förderjahr 2019 beantragt.

Die Förderung beträgt insgesamt 20.000 €. Frau **Ette** ist derzeit die Integrationsbe-

auftragte des Landkreises. Die Stelle Integrationsbeauftragte gibt es seit Dezember 2014. Zu den Aufgaben gehört u. a. die Zusammenarbeit der integrativen Arbeit mit den Kommunen, die Vernetzung Haupt- und Ehrenamtlicher der integrativen Arbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Projekte, Beteiligung von Migranten und Migrantinnen und interkulturelle Öffnung der Verwaltung mit diversen Veranstaltungen.

**5.3. Letzte Sitzung des Sozialausschusses:
Anmerkung Kreisrätin Happle-Lung**

Kreisrätin **Happle-Lung** bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Vorbereitung der Sitzungen. Sie hofft, dass das Ohr weiterhin am Sozialen bleiben wird.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 15:45 Uhr.

Der Vorsitzende:

Für den Ausschuss:

Zeno Danner

Bernd Häusler

Sigrid Hofer

Für das Protokoll:

Vera Hoffmann